



Wenn's nur so idyllisch wäre: Die Nutzung der Windenergie ist im Rhein-Main-Gebiet heftig umstritten. SPD und Grünen kann's nicht genug sein, CDU und FDP halten nicht viel davon. Doch während die FDP mit Blick auf die Gerichte in vorsehendem Gehorsam Flächen ausweisen will, ist die CDU dagegen, muss aber aus politischen Gründen dafür stimmen. Die CDU-Ministerin Lautenschläger will mehr Windkraft, setzt dabei aber auch auf das „Repowering“ alter Anlagen. Alles klar? Foto: Faust

# CDU tut sich weh beim Spagat

Die Union ist gegen Windkraft in Seligenstadt - stimmt aber dafür

Von Ralf Enders und Michael Hofmann Frankfurt/Seligenstadt

Der geplante Windpark in Seligenstadt sorgt weiterhin für mehr Wind als dort gewöhnlich weht. Und er wirbelt vor allem die CDU in der Region kräftig durcheinander. „Zähneknirschend“ und „mit der Faust in der Tasche“ haben die meisten Unions-Politiker in der Verbandskammer des Planungsverbandes Frankfurt/Rhein-Main und der Regionalversammlung Südhessen in dieser Woche einem Kompromiss mit der FDP zugestimmt, nach dem im Regionalen Flächennutzungsplan für die Region doch acht Flächen für Windräder ausgewiesen werden. Darunter die heftig umstrittenen 200 Hektar in Seligenstadt. Von der CDU-Basis gibt's dafür harsche Kritik.

Beschlossene Sache ist die Nutzung der Windenergie in Seligenstadt ohnehin noch lange nicht: Die Union hat durchaus die Hoffnung, die städtische Waldfläche (auch das Stadtparlament müsste

noch zustimmen) im Verlauf des weiteren Verfahrens noch aus dem Regionalen Flächennutzungsplan zu streichen. Vorerst aber haben die Christdemokraten mal ja gesagt - um des lieben Friedens mit der FDP Willen, auf deren Stimmen die CDU in der Regionalversammlung angewiesen ist.

Die Fakten bislang: Am Donnerstag hat eine knappe Mehrheit aus CDU und FDP in der Regionalversammlung dem Kompromiss mit der FDP zugestimmt. Am Mittwoch bereits hatte die Verbandskammer Zustimmung signalisiert. Einzig die CDU-Abgeordneten Joachim Bergmann (Seligenstadt), Bernhard Bessel (Hainburg) und Theo Wershoven (Neu-Isenburg) in der Verbandskammer sowie Hubert Gerhards (Obertshausen) und Wilfried Bodensohn (Mühlheim) in der Regionalversammlung ließen sich nicht auf Parteilinie trimmen und votierten gegen den Windpark-Kompromiss.

Die FDP ist prinzipiell kein Freund der Windenergie, besteht jedoch auf mehr Flächen, weil der Gesetzgeber es verlange. SPD und Grüne lehnten den CDU/FDP-Deal in beiden Kammern ab, weil sie sich eine weit stärkere Nutzung der Windenergie im Rhein-Main-Gebiet wünschen.

Die neuen Abstimmungen waren nötig geworden, weil die CDU-Mehrheit in

der Verbandskammer im Februar die Windenergiestandorte von 66 auf fünf drastisch zusammengestrichen hatte. In der Regionalversammlung aber hat die CDU keine Mehrheit, und so musste ein Vermittlungsausschuss ran. Ergebnis: Acht Flächen, inklusive Seligenstadt. Die übrigen Anlagen sind in der Wetterau und dem Main-

## Um was geht's eigentlich?

Der Regionale Flächennutzungsplan regelt auch die Rolle der umstrittenen Windkraft im Rhein-Main-Gebiet. Nachdem der Kompromiss zwischen CDU und FDP nun gebilligt ist, soll der Plan - er legt erstmals die Bodennutzung in der Region fest - im September und Oktober in den 75 Kommunen des Planungsverbands zur Einsicht ausgelegt werden. Die endgültige Verabschiedung könnte dann 2011 erfolgen.

SPD und Grüne zweifeln jedoch an der Genehmigungsfähigkeit. Gerichte verlangen nämlich heute, dass die Regionalplaner zur Förderung der Windkraft 0,5 Prozent der Fläche vorsehen. Die acht so genannten Vorrangflächen, die nun beschlossen wurden, entsprechen jedoch nur etwa 0,24 Prozent der Fläche des Planungsverbandes. (re)

Kinzig-Kreis geplant. Der gesamte Taunus wurde von CDU und FDP ausgenommen.

In der CDU rumort's unterdessen gewaltig: Die Union im Kreis Offenbach hat die Entscheidung ihrer Parteifreunde in den Rhein-Main-Parlamenten ungewöhnlich scharf kritisiert. Kreisvorsitzender Wolfgang Steiger etwa sagte: „Der Beschluss ist eine falsche Entscheidung und ein Schlag ins Gesicht der Bürger im Ostteil des Krei-

ses Offenbach.“ Oliver Quilling, CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag und Kandidat seiner Partei für die Landratswahl im September, wies zudem darauf hin, dass der Standort Seligenstadt auch aus fachlicher Sicht „denkbar ungeeignet“ sei.

Steiger und Quilling machten außerdem die übri-

gen „erheblichen Belas- derzeit ein Abwahlverfahren), bekommt wegen ihres Votums ihr Fett weg: „Sie ist (...) vom Kreistag (...) gewählt und hat unsere Interessen zu vertreten“, sagte Quilling. Für den stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzenden, Landtags-Vizepräsidenten und Seligenstädter Frank Lortz ist der Windkraftstandort Seligenstadt „grober Unfug und ein Treppenwitz der Geschichte“. Zusammen mit Steiger und Quilling will er beim hessischen Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit, Jürgen Banzer, anklopfen, um die „Fehlentscheidung“ zu korrigieren. Doch da ist noch Banzers Kollegin, Umweltministerin Silke Lautenschläger (CDU). Die sprach sich am Donnerstag für mehr Windenergie in Hessen aus. Dabei, so die beschwichtigende Einschränkung der Odenwälderin, gehe es jedoch nicht allein um zusätzliche Standorte, sondern auch um Modernisierung älterer Anlagen, „Repowering“ genannt.

Der von der Union heftig gescholtene FDP-Politiker René Rock, der als FDP-Mitglied des Kreistags in die Planungsversammlung entsandt ist und den Kompromiss befürwortet hatte, blickt derweil ungerührt nach vorn: „Das Vermittlungsergebnis hat eine Mehrheit gefunden. Das ist gut, weil's jetzt zur zweiten Offenlage kommen kann. Dann muss sicherge-

stellt werden, dass nur auf den Vorrangflächen auch Windkraftanlagen aufgestellt werden dürfen.“ Für die Stadt Seligenstadt bedeute das, „dass schließlich allein die Bürger entscheiden, ob Windräder kommen oder nicht.“ Seligenstadts parteilose Bürgermeisterin Dagmar B. Nonn-Adams klagte, in diesem Planungsverfahren sei „viel Wind gemacht worden, um in einem windarmen Gebiet Vorrangflächen zu installieren. Ich habe kein Verständnis für den Beschluss. Vor allem möchte ich anmerken, dass verantwortliche Politiker lange Zeit keinerlei Schritte unternommen haben, um das Vorhaben zu verhindern. Als alles feststand, beobachteten wir plötzlich den Widerstand von Politikern, die doch alles vorher gewusst haben.“ Nun, so Nonn-Adams, liege eine „Verhinderungsplanung“ vor, die noch viel Ärger bereiten und durch drohende Rechtsstreitigkeiten viel Steuerzahlergeld kosten könne.

In Schreiben an zahlreiche Politiker in der Region hatte Joachim Giel (Seligenstadt-Froschhausen), der verantwortlich für die Homepage „keinwindimwald.de“ zeichnet, im Vorfeld der Entscheidung angekündigt, „im Falle der Verabschiedung des vorliegenden Planentwurfes und der Einreichung eines Bauantrags (...) unverzüglich Klage einzureichen.“

Der von der Union heftig gescholtene FDP-Politiker René Rock, der als FDP-Mitglied des Kreistags in die Planungsversammlung entsandt ist und den Kompromiss befürwortet hatte, blickt derweil ungerührt nach vorn: „Das Vermittlungsergebnis hat eine Mehrheit gefunden. Das ist gut, weil's jetzt zur zweiten Offenlage kommen kann. Dann muss sicherge-